

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Valentin Fjodorow
Nationale Ökonomien
in der westlichen
Weltwirtschaft

Hanns-Dieter Jacobsen
Internationale Verflechtung,
wirtschaftliche Macht
und das „Management
von Interdependenz“

Anmerkungen zu dem Artikel
von Valentin Fjodorow

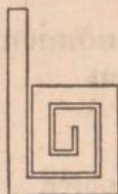
ISSN 0479-611 X

B 4/82
30. Januar 1982

Valentin Petrowitsch Fjodorow, Prof., geb. 1939; Absolvent der Moskauer G.W. Plechanow-Hochschule für Volkswirtschaft; seit 1964 wiss. Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau (JMEMO); Promotion 1968, Habilitation 1977, z. Z. Korrespondent der vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen herausgegebenen Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ in Bonn. Verfasser der Bücher (in russ. Sprache): Privater Konsum in der BRD, 1974; BRD: Wirtschaft und Wirtschaftsdiplomatie, 1977; Der Kapitalismus und die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, 1979.

Hanns-Dieter Jacobsen, geb. 1944, seit 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter (ext.) des Forschungsinstituts für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; 1978/79 John-F.-Kennedy-Memorial-Fellow an der Harvard University.

Veröffentlichungen u. a.: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen West und Ost, 1975; Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie, zus. m. W. Bärtschi, 1976; Die Ostwirtschaftspolitik der USA, 1980; Asymmetrien und Interdependenzen in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, 1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang,
Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Nationale Ökonomien in der westlichen Weltwirtschaft

Die beiden folgenden Beiträge stellen einen Versuch dar, die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Dialogs zwischen Ost und West zu erproben. Wie sieht ein marxistisch orientierter Ökonom die westlichen Volkswirtschaften in ihrem weltwirtschaftlichen Zusammenhang? Nachdem die Prognosen eines Zusammenbruchs der nationalen Ökonomien sich bisher nicht erfüllt haben, erwartet man ihn als Folge der sich immer mehr verstärkenden außerwirtschaftlichen Beziehungen. Was wir, bei aller Problematik etwa der Multinationalen Konzerne, doch eher als Fortschritt und Effizienz empfinden, versteht der Autor primär als einen Verlust von nationaler Kontrolle, Steuerung und Lenkung. Die unterschiedliche Begrifflichkeit der beiden Aufsätze von V. Fjodorow und von H.-D. Jacobsen verweist auf ein gemeinsames Grundproblem: Wie sind die äußerst komplexen ökonomischen Fragen der Gegenwart sprachlich so zu fassen, daß sie nicht nur verständlich werden, sondern zugleich damit auch eine Art „Problemlösungskapazität“ geschaffen wird?

Die Redaktion

I. Vergesellschaftung im nationalen und internationalen Rahmen

Es liegt in der Natur vieler ökonomischer Erscheinungen, daß sie zunächst im Rahmen einer nationalen Wirtschaft am ausgeprägtesten auftreten. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die Vergesellschaftung der Produktion, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte einhergeht. Der Konflikt zwischen den heutigen Produktivkräften (und dem ihnen entsprechenden Niveau der Vergesellschaftung) und der privatkapitalistischen Form der Aneignung bricht sich teilweise Bahn in Form der Bildung von Staatseigentum, der Verstärkung des zentralistischen Elements in der Wirtschaft. Doch darf man den staatlichen Anteil bei der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals nach quantitativen und qualitativen Merkmalen nicht für das entscheidende Charakteristikum der Wirtschaft halten. Denn ein wichtiger Wesenszug des Staatseigentums besteht darin, daß es sehr oft im Interesse der privaten Wirtschaft eingesetzt wird. Die staatskapitalistische Aneignung ist im Prinzip eine abgewandelte Form der privatkapitalistischen Aneignung, sie ändert nicht das Wesen des erwähnten Grundwiderspruchs.

Einer weiteren Zunahme des staatlichen Elements in der gesamten Eigentumsstruktur sind offensichtlich bestimmte Grenzen gesetzt, die der Staat nicht nach eigenem Ermessen überschreiten kann. Deshalb ist die Frage des Staatseigentums, seines Ausmaßes und seiner Zusammensetzung nicht nur Gegenstand des Kampfes zwischen den Klassen, sondern auch von Zusammenstößen innerhalb der herrschenden Klasse, zwischen verschiedenen

Fraktionen der Bourgeoisie und des offiziellen Apparates, die je auf ihre Art versuchen, gewisse Systemstabilisatoren zu finden.

Untersucht man die Effizienz der staatlichen Regulierung, so muß man in Rechnung stellen, daß es im Wirtschaftsleben des Kapitalismus gegensätzliche Tendenzen gibt — die Planmäßigkeit und die Anarchie der Produktion. Die Schwächung der einen Tendenz führt zur Verstärkung der anderen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß Planmäßigkeit und staatliche Regulierung keineswegs zusammenfallen. Die staatliche Regulierung beinhaltet vielmehr in sich widersprüchliche Zielsetzungen. Daraus erklärt sich das scheinbare Paradoxon, daß die Aktivität des Staates in der Wirtschaft zwar nicht selten zu einer teilweisen Lösung bestimmter Probleme, aber gleichzeitig zu einer Verschlechterung des Zustands in anderen Bereichen der Wirtschaft führt. Darin liegt auch die Erklärung für die Tatsache, daß sich die Verstärkung der ökonomischen Rolle des Staates zur Erhöhung der Effizienz seiner Tätigkeit keineswegs proportional verhält. Beim Vorhandensein gegensätzlicher Tendenzen kann die Einmischung des Staates in die Wirtschaft in einigen Bereichen des Produktionsprozesses zu einem destabilisierenden Faktor werden.

Man kann von einer gewissen Effizienz der staatlichen Regulierung sprechen, wenn man vor allem ihre technisch-ökonomischen Aspekte (Strukturwandel der Wirtschaft, Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Basis, Beeinflussung des wirtschaftlichen Wachstumstempos u. a.) im Auge hat. Was aber den Reproduktionsaspekt anbetrifft, wor-

Übersetzung aus dem Russischen: Dr. Gertraud Seidenstecher, Köln

unter die Ausgewogenheit, die Fähigkeit, krisenfrei zu funktionieren, zu verstehen ist, so befreit die staatliche Regulierung den Kapitalismus nicht von der Instabilität seiner Entwicklung.

Heute lassen sich deutliche Versuche des Kapitalismus erkennen, die inneren Widersprüche durch die Schaffung einer mittelbareren Beziehung zwischen den zwei Polen des Widerspruchs — der Vergesellschaftung und der Aneignung — zu mildern, wobei er das System der kapitalistischen Weltwirtschaft benutzt. Die Vergesellschaftung, die im nationalen Rahmen ihren logischen Abschluß nicht erreicht hat, d. h. nicht den adäquaten (gesellschaftlichen) Charakter der Verteilung der Produktionsergebnisse erhalten hat, ist dabei, immer mehr auf das internationale Gleis „abzugleiten“. Für einige Zeit erlangen die nationalen Produktivkräfte, von den Fesseln der Produktionsverhältnisse teilweise „befreit“, einen gewissen Entwicklungsspielraum. Der Prozeß der Monopolisierung entfaltet sich immer mehr als internationaler Prozeß, und die internationale Aktivität des Kapitals wird zu einem integrierenden Bestandteil seiner ökonomischen Strategie.

Eine Analyse des internationalen Aspektes der Vergesellschaftung der Produktion beleuchtet die Entwicklung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus und das Problem der Übereinstimmung (oder Nichtübereinstimmung) des Niveaus der Produktivkräfte mit dem Charakter der Produktionsverhältnisse unter den gegenwärtigen Bedingungen.

In der Nachkriegszeit wurde das Wirtschaftswachstum in der kapitalistischen Welt zum großen Teil durch die Intensivierung der internationalen Beziehungen, die Vergrößerung des Volumens und die Beschleunigung der Umsatzgeschwindigkeit des Kapitals jenseits der Grenzen der heimischen Produktion gewährleistet. Aber dies hebt nicht den Widerspruch zwischen dem Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der Form der Aneignung ihrer Resultate auf, sondern hebt ihn nur auf eine höhere Stufe. Die Verstärkung der Rolle der Außensphäre als eines Faktors des Wirtschaftswachstums, die Orientierung der westlichen Länder auf die Weltwirtschaft führt einerseits zur Nutzung, andererseits aber auch zur Erschöpfung jener Reserven, die die Weltwirtschaft bietet.

Die jetzige wissenschaftlich-technische Revolution verstärkt die Tendenzen der internationalen Vergesellschaftung der Produktion, die in den Formen der Integration und der Ent-

wicklung internationaler Monopole zum Ausdruck kommt. Da beide Erscheinungen letztlich Ausdruck derselben Sache sind, sind sie natürlich nicht durch eine undurchdringliche Mauer voneinander getrennt. Nicht allein die Fülle internationaler Verbindungen und nicht nur ihre Intensität zeichnen das gegenwärtige Leben des Kapitalismus aus. Ein weiteres hervorstechendes Merkmal ist die Schaffung internationaler Produktionskomplexe, die sich ständig vermehren und dadurch auch die Bereiche jenseits der eigentlichen Produktion, also die der Verteilung, der Zirkulation und des Konsums, komplizieren. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion zieht gesetzmäßig die Ausweitung auf die anderen Sphären nach sich. Gewiß können diese auch ohne eine gemeinsame Grundlage in Gestalt der internationalen Produktionskomplexe existieren — in diesem Falle haben die internationalen Wirtschaftsbeziehungen aber einen qualitativ anderen Inhalt. Z. B. war der Anteil des Exports und Imports am Bruttozialprodukt Deutschlands in den Jahren 1880 bis 1884 größer als 1965 in der Bundesrepublik Deutschland. Erst später änderte sich die Situation. Aber es besteht eben ein prinzipieller Unterschied im Charakter der außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes im vergangenen Jahrhundert und in diesem Jahrhundert. Heute treibt die Bundesrepublik Deutschland nicht einfach Außenhandel, sondern ist durch Kapitalausfuhr und Arbeitskräfte-Immigration aufs engste in das System der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation eingebunden, wobei der Warenumsatz im Außenhandel zum Teil lediglich ein Ausdruck des Ineinandergreifens der Produktionsprozesse verschiedener Länder ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer verstärkten Beteiligung des wichtigsten westlichen Landes — der USA — an der kapitalistischen Weltwirtschaft, wobei die zunehmende Expansion seiner transnationalen Monopole besonders zu berücksichtigen ist. Gleichzeitig weitet sich im Gegenzug die Beteiligung importierten Kapitals an der Wirtschaft der USA aus.

Die Besonderheit der gegenwärtigen Internationalisierung des Wirtschaftslebens der kapitalistischen Länder ist also nicht einfach ihre Orientierung auf den Außenhandel — die gab es auch früher —, sondern ihre gegenseitige Durchdringung, das in die Tiefe und in die Breite gehende Hinausgreifen über die nationalen Grenzen, d. h. die Herausbildung von Weltproduktivkräften.

II. Der Außenfaktor: eine zusätzliche Beeinträchtigung der staatlichen Steuerungsfähigkeit

Die einheitliche Natur der in den kapitalistischen Ländern herrschenden Produktionsverhältnisse bietet jene Grundlage, auf der sich die Produktions- und sonstigen Verflechtungen vermehren und verstärken können. Das Weltsystem des Kapitalismus bilden — wie Lenin es ausgedrückt hat — staatlich verselbständigte Imperialismen in der Gesamtheit ihrer gegenseitigen Beziehungen. Indem die Vergesellschaftung der Produktion über den nationalen Rahmen hinauswächst und zu einem wichtigen Zug auch der Weltwirtschaft wird, erhält sie ein wesentlich neues Charakteristikum: Letztlich ergibt sich — theoretisch betrachtet — die „Reserve“, die die nationalen Kapitalismen sich auf der Ebene der Weltwirtschaft erschließen können, aus dem Unterschied im Grade der Vergesellschaftung der nationalen und der internationalen Produktion. Das Niveau der Vergesellschaftung der letzteren ist niedriger, da sie erstens wesentlich später begonnen hat und zweitens in Form horizontaler, branchenmäßiger Monopolisierung verläuft, wohingegen sie im nationalen Bereich breiteren Charakter hat, sich zeitweise auf die gesamtwirtschaftliche Ebene erhebt. Folglich ist die internationale Vergesellschaftung der Produktion nicht eine einfache Fortsetzung eines analogen nationalen Prozesses.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Zusammenhang zwischen der nationalen und der internationalen Art der Vergesellschaftung komplizierter geworden. Sobald sie die nationalen Grenzen überschreitet, bringt die Vergesellschaftung der Produktion ein System der gegenseitigen Verflechtung hervor, das sich vom intranationalen teilweise unterscheidet. In den einzelnen Volkswirtschaften tritt ein spezifisches Element auf und vergrößert seinen Anteil — das ausländische Kapital. Seine Besonderheit besteht in folgendem: Für die moderne kapitalistische Welt ist nicht einfach die Kapitalausfuhr, sondern die Kapitalausfuhr in Form des *Austausches* von Kapital charakteristisch. Noch 1938 entfielen 70 % der Kapitalausfuhr auf Kolonialländer und abhängige Länder, wohingegen heute 70 % der exportierten direkten Investitionsmittel in industriell entwickelte Länder fließen. Der Begriff *Kapitalaustausch* enthüllt die Triebfedern einer Reihe von ökonomischen Prozessen. Hinzuzuweisen ist insbesondere auf den dialekti-

schen Widerspruch, daß der internationale Kapitalverkehr in bestimmter Hinsicht den Unterschied zwischen kapitalexportierenden und kapitalimportierenden Industriestaaten verringert, während er ihn gleichzeitig vergrößert.

Einerseits tilgt die wechselseitige Kapitalwanderung zwischen den industriell entwickelten Ländern in gewissem Sinne den Unterschied zwischen dem kapitalexportierenden und dem kapitalimportierenden Land, da die Ausfuhr eigener Mittel in bestimmtem Maße durch den Zustrom ausländischer Investitionen ausgeglichen wird. Im Ergebnis vermindert sich der relative Kapitalüberfluß innerhalb der nationalen Grenzen nicht, die Konkurrenz verstärkt sich und drängt die Unternehmer auf die Suche nach neuen Möglichkeiten für eine gewinnbringende Ausweitung der Produktion. Die Umorientierung der Kapitalausfuhr zugunsten der Regionen des entwickelten Kapitalismus führte zu einer Einengung der Anwendungsmöglichkeiten extensiver Methoden der Produktionssteigerung, die früher typisch waren und noch heute für Investitionen in ökonomisch weniger entwickelten Ländern charakteristisch sind. Das überschüssige nationale Kapital, das in die Wirtschaft anderer Industrieländer gesteckt wurde, suchte und sucht Wege zur Intensivierung der Produktion.

Bei der früheren Struktur der Kapitalausfuhr bildeten die *nationalen* Kapitalinvestitionen in höherem Maße die Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; das im Ausland angelegte Kapital konnte nur in geringem Maße zur Quelle wissenschaftlicher oder technischer Entwicklungen werden, weil es dort bekanntlich nur unter einfachen Bedingungen eingesetzt werden konnte. Heute erhöht der Zustrom von industriellem Kapital aus dem Ausland das Ausmaß des Kapitalüberflusses und stellt das Kapital vor die Aufgabe, zu seiner Selbsterhaltung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu forcieren. Die Intensität dieses Fortschritts wird nicht mehr — wie das früher weitgehend der Fall war — allein durch den Umfang der nationalen Mittel nach Abzug des größten Teils der exportierten Mittel bestimmt. Jene Bereiche, denen das nationale Kapital keine oder nur wenig Aufmerksamkeit widmet — statt dessen begibt es sich auf die Suche nach gewinn-

bringenden Anlagen ins Ausland —, werden zum Gegenstand der „Fürsorge“ des ausländischen Kapitals. Um seine Positionen zu festigen und einfach um zu überleben, muß das (importierte) ausländische Kapital im gleichen Maße wie das inländische die wissenschaftlich-technische Forschung und ihre Umsetzung in die Produktion forcieren.

Natürlich bilden jene fundamentalen Errungenschaften, die eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirkt haben, die Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution. Aber der Wandel in den weltwirtschaftlichen Beziehungen, der in der Verstärkung der Konkurrenz des ausländischen Kapitals in den industrialisierten Ländern zum Ausdruck kommt, hat erstens die Umsetzung vieler vorhandener Entdeckungen in die Praxis beschleunigt und zweitens den Anstoß zu neuen Anstrengungen auf diesem Gebiet gegeben.

Der Kapitalaustausch ist ein wichtiger Faktor der Internationalisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Durch ihn wird die internationale Verbreitung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik beschleunigt. In der Nachkriegszeit haben die westeuropäischen Länder und Japan ihr Wachstumstempo zum großen Teil durch den Import von amerikanischen Neuheiten aller Art gesichert. Aber auch die USA haben etwas von ihren Konkurrenten erhalten, ebenso wie die letzteren von einander.

Andererseits läßt der Kapitalaustausch den Unterschied zwischen dem exportierenden Staat und dem importierenden Staat noch stärker hervortreten, da in beiden Ländern ausländische Eigentumstitel geschaffen werden, die im Verhältnis zum Gastland in höherem Grade autonom sind als das nationale Kapital. Diese „Exterritorialität“ gründet sich auf ein objektives Fundament. Die ausländischen Unternehmen haben so viele lebenswichtige Produktions- und sonstige Verbindungen (mit Mutter- oder Tochter-Gesellschaften), daß sie es sich erlauben können, in vielerlei Hinsicht Maßnahmen der heimischen Regierungen zu ignorieren. Letztere sind ihrerseits zurückhaltend in der Wahl ihrer Maßnahmen gegen ausländische Produzenten, da sie mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß diese mit analogen Maßnahmen gegen ihre eigenen im Ausland tätigen Monopole beantwortet werden. Dieses Gebundensein der Regierungen hat einen widersprüchlichen Grund.

Der Staat, der als Gesamtkapitalist den Willen der herrschenden Klasse widerspiegelt, verteidigt die Produktionsverhältnisse eines einzelnen Staates. Aber indem es sich teilweise ins Ausland verlagert, schafft sich das Kapital dort Interessen, die für es auch wichtig sind. So bilden sich internationale Produktionsverhältnisse heraus, deren Hauptmerkmal — wie auch bei den nationalen Produktionsverhältnissen — der Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln ist. Man sollte den Umfang dieses Prozesses nicht überschätzen; er nimmt eine untergeordnete Stellung ein. Dennoch hat er bestimmte Konsequenzen. Das nationale gesellschaftliche Kapital bedarf einer gewissen zentralen Regulierung, und in diesem Sinne unterstützt es Maßnahmen vom Typ der indikativen Planung in Frankreich oder der Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig aber wendet sich das Kapital *gegen* Maßnahmen dieser Art, insoweit sie seine Interessen als eines transnationalen Phänomens nicht berücksichtigen. Der Staat kann diese auf verschiedenen Ebenen liegenden Aspekte des Wesens des Kapitals nicht erfassen; daher ist er häufig zu halb Maßnahmen oder gar zur Passivität verdammt, weil die staatliche Aktivität in erheblichem Maße von den Unternehmern blockiert und ihr positiver Endeffekt dadurch zusätzlich gemindert wird.

So enthält die Entwicklung der kapitalistischen Volks- und Weltwirtschaft in gewissem Maße widersprüchliche Elemente, die sich aus verschiedenen Seiten der Vergesellschaftung der Produktion ergeben. Während die Vergesellschaftung innerhalb der nationalen Grenzen der Regierung objektiv Veranlassung gibt, gewisse koordinierende Maßnahmen zu ergreifen, wirkt die Vergesellschaftung in internationalem Maßstab dem ebenso objektiv entgegen und bringt damit in die Binnenwirtschaft desorganisierende Momente hinein.

Natürlich ist der negative (wie auch der positive) Einfluß der außenwirtschaftlichen Sphäre auf die Binnenwirtschaft seit langem bekannt. Um sich gegen diesen Einfluß abzuschirmen, haben sich die Staaten in der Vergangenheit mit einer nur schwer zu durchdringenden Zollmauer umgeben. In der Gegenwart, wo infolge der Entwicklung der Produktivkräfte die Zollmauern ganz oder weitgehend abgebaut werden und wo vor allem die nationalen Produktionsprozesse in einer Reihe von Zweigen zu Weltprozessen werden, die andere Bereiche der Wirtschaft dazu zwingen, ihre Erfordernisse zu berücksichtigen, erlangt die Au-

Bensphäre ein noch größeres Gewicht. Sie ist nicht nur ein Katalysator der wirtschaftlichen Dynamik, sondern in ihr erwächst dem Kapitalismus auch ein außerordentlich starkes destruktives Element, eine Dysfunktion, eine unkontrollierbare Quelle der Deformation des allmählich entstandenen Systems der staatlichen Intervention in die Wirtschaft. Hier ist nicht von einem zufälligen oder zeitweiligen Destabilisator die Rede. Im Gegenteil: Mit zunehmender Intensivierung der internationalen Verbindungen des Kapitalismus gewinnt dieser Faktor an Bedeutung. Daraus ergibt sich eine wichtige Schlußfolgerung hinsichtlich der Veränderung der ökonomischen Situation des gegenwärtigen Kapitalismus.

In einer bestimmten Periode, in den fünfziger und sechziger Jahren, dämpfte die Ausweitung der staatlichen Regulierung, die die Spontaneität des Marktes teilweise einschränkte, die Widersprüche ein wenig, wenn sie diese natürlich auch nicht beseitigen konnte. Zu Beginn der siebziger Jahre hat sich die Situation jedoch erheblich geändert. Die Entwicklung der Weltwirtschaft, die in einer stärkeren Annäherung der nationalen Wirtschaften zum Ausdruck kommt, schafft eine so starke Gegentendenz zu den staatlichen Steuerungsbestrebungen, daß heute im Vergleich mit der jüngeren Vergangenheit von einer gewissen Zunahme der Spontaneität des Marktes sowohl im System der weltwirtschaftlichen Beziehungen des Kapitalismus als auch innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften gesprochen werden kann. Die Verstärkung der Elemente der Marktspontaneität ist nichts anderes als die logische Folge der Krise der staatsmonopolistischen Regulierung. Nicht nur die Unzulänglichkeit der früheren Formen der ökonomischen Interventionen von seiten der bürgerlichen Regierungen ist offenbar geworden, sondern es hat sich auch herausgestellt, daß sie unter dem Einfluß der neuen Bedingungen eine gewisse Entwertung erfahren haben. Die binnenwirtschaftlichen Prozesse, die heute mehr denn je Teil der weltwirtschaftlichen Prozesse sind, entgleiten sogar jener begrenzten Kontrolle von seiten der nationalen Regierungen, deren Effizienz noch vor kurzem von manchen im Westen auf der Aktivseite der bürgerlichen Theorie und Praxis verbucht wurde oder noch verbucht wird.

Die prinzipielle Unfähigkeit des staatlichen Systems, für eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung sorgen zu können, liegt in der Natur dieses Systems selbst. Die jeweiligen Ziele und Mittel der Regulierung werden

so festgelegt, daß der Reproduktionsprozeß in der erforderlichen Weise korrigiert, gleichzeitig aber nicht gegen die Gebote des privatkapitalistischen Wirtschaftens verstoßen werden soll und dem Privatkapital die wichtigsten Sphären (und folglich die wirtschaftliche Macht) überlassen bleiben sollen. Daher hat die staatliche Wirtschaftspolitik bei aller nationalen Eigenart eine Reihe allgemeiner Züge. Diese bestehen in folgendem:

Erstens ist für die staatliche Regulierung in den kapitalistischen Ländern die „Unadressiertheit“ charakteristisch. In ihren Wirtschaftsprogrammen nennt die Regierung keine konkreten Adressaten, sie teilt lediglich denjenigen, die das interessieren könnte, ihre Ansichten und Absichten für die bevorstehende Periode mit.

Zweitens ist die staatliche Regulierung dadurch gekennzeichnet, daß sie nur den Charakter von Empfehlungen hat. Sie kann die Unternehmer nicht direkt zwingen, diese oder jene Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn diese in der gegebenen Situation erwünscht sind. Die offizielle Politik bemüht sich lediglich, das Privatkapital dazu zu veranlassen, in dieser oder jener Richtung tätig zu werden, indem sie dafür entsprechende ökonomische Anreize (Änderung des Diskontsatzes, der Steuern usw.) bietet. Wie notwendig und dringend konkrete Maßnahmen für die Wirtschaft auch sein mögen, vom Standpunkt der staatlichen Regulierung aus sind diejenigen, die diese Maßnahmen durchführen sollen, anonym und werden nur freiwillig tätig. Eine derartige Unverbindlichkeit bezüglich der staatlichen Regulierung kontrastiert mit den Prinzipien der inneren Tätigkeit in der Geschäftswelt. Wie ein amerikanischer Autor bemerkt, ist die Disziplin in der Banksphäre genauso streng wie in der Armee, wenn nicht strenger. Die geringste Ungehorsamkeit eines Angestellten gegenüber irgendeiner Weisung von oben bedeutet das Ende seiner Karriere.

Drittens ist der außerordentlich hohe Aggregationsgrad bei den Lenkungsbestrebungen hervorzuheben. Die gesamtwirtschaftlichen Daten, die entsprechend der Regierungsempfehlung angestrebt werden sollen, sind so allgemeine Größen, daß sie für die Unternehmer keinen wesentlichen praktischen Wert haben. Zum Beispiel kann die von der Regierung empfohlene gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate den Unternehmern nicht als akzeptable Kennziffer dienen, da die konjunkturelle Situation und folglich auch das Wachstumstempo der verschiedenen Gesellschaften, Pro-

duktionen und Zweige sehr unterschiedlich ist.

Viertens ist zu beachten, daß die von der Regierung für den Erwartungszeitraum empfohlenen Daten unausweichlich schwach fundiert sind, was sich aus dem Wesen des privatkapitalistischen Wirtschaftens ergibt. So ist häufig zu beobachten, daß die Regierung schon wenige Monate nach der Veröffentlichung eines Wirtschaftsprogramms infolge der Divergenz zwischen diesem Programm und der tatsächlichen Situation zugeben muß, daß sie sich geirrt hat. Das stärkt natürlich nicht das Vertrauen in neue Regierungsprogramme.

„Ganz deutlich zeigt sich, daß die staatliche kapitalistische Wirtschaftsregulierung nicht besonders wirksam ist“ — sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breshnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU. „Die Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen gegen die Inflation tragen zur Stagnation in der Produktion und zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit bei; indem sie den krisenbedingten Produktionsrückgang zu bremsen suchen, verstärken sie die Inflation noch mehr.“

Das wirtschaftliche Leben einer Gesellschaft wird durch viele Daten gekennzeichnet. Deshalb darf man nicht nur eine beliebige Größe, etwa das Produktionsvolumen, herausgreifen, um die These von der Effizienz der Lenkungsmaßnahmen zu belegen. Zieht man auch andere Kennziffern der Produktionstätigkeit heran, so wird die prinzipielle Begrenztheit der Regulierungsfähigkeit offenbar. Mit anderen Worten: Wenn die Empfehlungen der Lenkungsinstanzen von den Firmen — auf der Grundlage von Marktforschung — in die Tat umgesetzt werden, so kann dadurch zwar eine unerwünschte Überproduktion von Waren, d. h. die Fehlentwicklung eines ökonomischen Parameters, verhindert werden, aber das geht oft mit negativen Erscheinungen auf anderen Ebenen, z. B. mit Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit, einher.

Tatsächlich beruht das System der nationalen Lenkung vorzugsweise auf indirekten Methoden der Einflußnahme, auf den Prinzipien der innerwirtschaftlichen Diplomatie. Es zielt darauf ab, die in dem jeweiligen Land zum gegebenen Zeitpunkt bestehenden gesamtwirtschaftlichen, psychologischen und sonstigen Bedingungen so zu verändern, daß die unternehmerische Aktivität verstärkt oder im Gegenteil abgeschwächt wird. Eine solche Politik kann sich für eine gewisse Zeit dergestalt als wirksam erweisen, daß einige Widersprüche

etwas abgeschwächt, verändert oder hinausgeschoben werden auf Kosten der teilweisen Verschärfung anderer, im gegebenen Augenblick weniger gefährlicher Widersprüche. Viel hängt davon ab, inwieweit die Regierung imstande ist, die Wirtschaft im ganzen zu erfassen, d. h. davon, inwieweit es sich um eine geschlossene oder eine offene Wirtschaft handelt.

Im Zuge der Entwicklung der Weltwirtschaft wandelt sich eine geschlossene Wirtschaft allmählich zu einer offenen, und die Freizügigkeit des Kapitals nimmt zu. Im Ergebnis sinkt das ohnehin nicht hohe Niveau der Effizienz der nationalen Regulierung noch mehr.

Unter solchen Bedingungen kann ein starrer Kurs der Regierung gegenüber dem Kapital nur dessen Abfluß ins Ausland verstärken und dadurch einen Verlust von Mitteln für die nationale Entwicklung verursachen. Einen Ausweg aus dieser Situation könnte die Rückkehr zur Errichtung von Zollmauern aller Art bieten, jedoch wird der Prozeß der Entwicklung der Weltwirtschaft, sobald er ein bestimmtes Niveau erreicht hat, unter „normalen kapitalistischen Bedingungen“ zu einem nicht mehr umkehrbaren Vorgang, weil er sich auf die Herausbildung einer Produktionsunion zwischen den Monopolen verschiedener Länder gründet.

Die moderne Technik bietet dem internationalen Kapital zusätzliche Möglichkeiten, den Regulierungsmaßnahmen der Regierung entgegenzuwirken oder sie zu umgehen. Dank der Fernschreiber und der Computer kann ein Finanzgeschäft beliebiger Größenordnung etwa zwischen New York, London oder Frankfurt am Main innerhalb kürzester Frist abgeschlossen werden. Im Gegensatz dazu ist auf der Regierungsebene heute wohl eher mehr Zeit als früher erforderlich, um Regulierungsmaßnahmen zu ergreifen, weil die wirtschaftlichen Bedingungen komplizierter geworden sind, der bürokratische Apparat angewachsen ist, Konsultationen auch in internationalem Rahmen durchgeführt, alle gesetzgeberischen Maßnahmen im Parlament erörtert und beschlossen werden müssen usw.

Charakteristisch ist auch, daß bei zunehmender staatlicher Intervention in die Binnenwirtschaft eine der Ursachen der Destabilisierung — die Ausfuhr und Einfuhr von Kapital — ein kaum oder nur wenig regulierbarer Prozeß ist.

Die Schwächung des regulierenden Faktors und die Verstärkung der Marktpontaneität

bedeutet keine Rückwendung zur Vergangenheit. In der Weltwirtschaft zeichnen sich immer deutlicher staatsmonopolistische Prozesse ab. Die bürgerlichen Staaten stehen beim Kampf der monopolistischen Giganten nicht abseits, sie bemühen sich, ihren Monopolen mit Hilfe eines weitgefächerten Arsenal von Instrumenten Übergewicht zu verschaffen. Es kommt zu einer Vergrößerung der Wirtschaftssubjekte. Jedoch rufen die Maßnahmen eines Landes analoge Reaktionen in anderen Ländern hervor, und möglicherweise kommt es überall zu einer Eskalation der staatlichen Unterstützung. In Gestalt der Monopole kämpft in der internationalen Arena nicht einfach das Privatkapital untereinander, sondern in gewissem Maße kämpfen die verschiedenen Ausprägungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus miteinander. Die Marktkonkurrenz erreicht eine höhere Ebene der Spirale.

Natürlich beschränken sich die bürgerlichen Experten nicht auf die Betrachtung dessen, was vorgeht, sondern sie suchen nach neuen Möglichkeiten der ökonomischen Intervention. Aber die inneren Quellen der (indirek-

ten) Steuerung sind wohl erschöpft. Es ist sehr bezeichnend, daß in den Krisenjahren 1974/75 keine prinzipiell neuen Elemente der staatlichen Regulierung zu beobachten waren. Die Antikrisen- und dann die antizyklische Politik beruhte auf den bereits bekannten Prinzipien der Intervention. Gewisse „Novitäten“ waren in den USA zu beobachten. Dort befürwortete eine Reihe von politischen Persönlichkeiten und von Ökonomen stärkere Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben des Landes. Dies war jedoch nur eine Wiederholung des Vergangenen, d. h. dessen, was in anderen westlichen Ländern bereits existiert. Auch die heutzutage anhaltende zyklische Krise im Westen hat das Arsenal staatlicher Lenkungsmechanismen nicht wesentlich bereichern können.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Spielraum für eine Ausweitung des Einsatzes bereits existierender ökonomischer Instrumente durch den Staat nahezu erschöpft. Die staatsmonopolistische Lenkung in den Formen, in denen sie in den vergangenen Jahrzehnten praktiziert wurde, ist weitgehend an ihre Grenzen gestoßen.

III. Von der nationalen zur internationalen Steuerung

Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten der ökonomischen Stabilisierung wendet sich der Kapitalismus intensiver dem internationalen System von Beziehungen zu, er bemüht sich, das zentralistische Element in der Weltwirtschaft zu verstärken. Aber dies ist nicht nur mit großen Schwierigkeiten verbunden, sondern führt auch zu widersprüchlichen Konsequenzen. Die gegenwärtig von westlichen Autoren geäußerte Ansicht, die Versuche zur Schaffung einer Art von System der zwischenstaatlichen Regulierung könnten zu einigermaßen bedeutsamen Erfolgen im Kampf gegen die ökonomischen Widersprüche führen, erscheint daher nicht sehr überzeugend. Diese Ansicht kann weder durch theoretische Argumente noch durch reale Tatsachen untermauert werden. Beschäftigen wir uns zuerst mit den bürgerlichen Konzeptionen.

In der bürgerlichen Literatur haben sich mehrere Schulen herausgebildet, die unterschiedliche Problemlösungen vorschlagen.

Die Argumentation der einen Gruppe von Autoren läuft darauf hinaus, daß man nicht weiter-, sondern zurückgehen sollte, zurück

zur früheren nationalen Abgeschlossenheit. Wenn dies vielleicht auch einige negative Erscheinungen mit sich bringen würde, so könnte und würde jedoch die Regierung das Wirtschaftsleben des Landes unter Kontrolle behalten, oder anders gesagt, würde Herr im eigenen Hause sein.

Eine andere Gruppe von Ökonomen hingegen hält jeden Nationalstaat für einen historischen Anachronismus und fordert, ein supranationales, über den Regierungen stehendes System zu schaffen, das die ökonomische Entwicklung in der gesamten kapitalistischen Welt koordinieren soll. Ein Weltstaat würde, so glaubt man, viele Widersprüche zwischenstaatlichen Charakters und auch Kollisionen zwischen internationalen Monopolen und nationalen Interessen beseitigen. Die internationale Investitionstätigkeit der Monopole und Staaten wird als Keimzelle einer wirklich internationalen Gemeinschaft und letztlich einer Weltregierung betrachtet.

Offensichtlich sind beide Schulen von der Realität weit entfernt. Während die Anhänger der erstgenannten Schule fest darauf hoffen,

dem objektiven Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte, die immer mehr über den nationalen Rahmen hinauswachsen, entgegenwirken zu können, geben sich ihre Opponenten wahrhaftig der Illusion hin, man könnte die tiefen Gräben und prinzipiellen Hindernisse, die auf dem Weg zur beabsichtigten Bildung einer internationalen staatlichen Gemeinschaft liegen, sozusagen auf einen Streich beseitigen. Dagegen sprechen die Erfahrungen der EG, und die zahlreichen, groß angekündigten Pläne zur Bildung von Wirtschafts- und sonstigen Gemeinschaften sind zum großen Teil Papier geblieben.

In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat sich in der westlichen ökonomischen Literatur eine neue Schule herausgebildet. Es handelt sich um das Auftauchen von globalen Projekten für die weitere Entwicklung des Weltkapitalismus. Diese Entwürfe, auf lange Zeiträume angelegt, sind mehr als nur Prognosen. Während eine Prognose im üblichen Sinne dieses Wortes eine Konstruktion der Zukunft auf der Grundlage einer Extrapolation, einer Fortschreibung der Gegenwart ist, genauer ein Versuch, durch die Erkenntnis der Entwicklungslinien der Vergangenheit in die Zukunft zu blicken, beschränken sich diese Arbeiten in ihrer Mehrzahl nicht auf derartige Ziele. Prognoseergebnisse dienen hier nur als „Zwischenprodukt“, als Arbeitsgrundlage, und vom Grad ihrer Attraktivität für den Autor hängt es ab, inwieweit es sich seiner Meinung nach lohnt, die gegenwärtige Entwicklung auf sie auszurichten.

Diese Arbeiten stellen richtiger gesagt Szenarien dar, deren Autoren Empfehlungen geben, in welche Richtung gegangen werden sollte und was dafür zu unternehmen sei. Einigkeit herrscht auch hier nicht. Unterschiedliche Prämissen, theoretische und methodologische Meinungsverschiedenheiten bedingen unterschiedliche Untersuchungsergebnisse, die manchmal ganz offensichtlich nicht übereinstimmen und in Widerspruch zueinander stehen.

Natürlich können, vom technisch-ökonomischen Standpunkt aus betrachtet, einige futurologische Aspekte derartiger Untersuchungen bei einer hinreichend kritischen Einstellung von gewissem Interesse sein. Ungeachtet der Beteuerungen, in dem bekannten Bericht für den Club of Rome sei die Gefahr der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen offensichtlich übertrieben dargestellt worden, hat diese Arbeit mit dazu beigetragen, daß die Ansicht, die Erde sei ein unerschöpfliches Reser-

voir von Naturprodukten, revidiert worden ist.

Auch wenn zahlreiche bürgerliche Ökonomen sich um mehr Realitätsnähe bemühen und an dem konkreten Problem der internationalen ökonomischen Steuerung arbeiten, muß festgestellt werden, daß es eine unlösbare Aufgabe zu sein scheint, die Weltwirtschaft effektiv zu regulieren. Die Praxis läßt keinerlei reale Fortschritte auf diesem Gebiet erkennen, obgleich es auf der Welt bekanntlich eine Reihe von Organisationen gibt, deren Aufgabe es ist, die ökonomischen Bedingungen zu koordinieren. Diese internationalen Organisationen stellen jedoch lediglich allgemeine Regeln für die private oder staatliche Aktivität in den entsprechenden Bereichen auf, stimmen die Ausgangspositionen der Teilnehmer aufeinander ab, reglementieren jedoch weder deren Tätigkeit selbst noch den Grad ihrer Aktivität oder die Folgen. Sie begrenzen oder kanalisieren das Handeln der Wirtschaftssubjekte nicht. Wenn der Terminus „Regulierung“ auf die von den internationalen Organisationen durchgeführten Maßnahmen anwendbar ist, dann nur im engsten Sinne dieses Wortes.

Darüber hinaus bringen alle Maßnahmen der internationalen ökonomischen Steuerung eine schöpferische Zerstörung sui generis mit sich, da sie durch den Abbau von zwischen einzelnen Ländern bestehenden ökonomischen Beschränkungen oder die Vereinheitlichung der Wettbewerbsprinzipien in der internationalen Arena der Intensivierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs der Staaten breiten Spielraum eröffnen und damit ihrerseits das Wirken der Marktkräfte in den kapitalistischen Ländern verstärken. Zur Bestätigung dieser These kann man auf das GATT verweisen. Die von dieser Organisation festgelegten Grundregeln des Außenhandels, die die vielen bilateralen Abkommen zwischen Staaten ersetzt haben, wirken als Katalysator für den internationalen Tauschverkehr und machen ihn gleichzeitig — dies sei betont — weniger steuerbar. Im Rahmen des GATT haben bereits mehrere Runden des gegenseitigen Abbaus von Handelsschranken stattgefunden. Natürlich bedeutet der Abbau oder die Senkung der Tarifschranken keine völlige Liberalisierung dieses Handels, da sogenannte nichttarifäre Beschränkungen existieren. Dabei handelt es sich um verschiedene Normen und Vorschriften bezüglich der Produktion, der Verpackung usw. Allerdings darf man die Rolle der nichttarifären Schranken nicht überschätzen, da sie bei all ihrer Bedeutung schwä-

cher sind als die Zollschranken — und dementsprechend schwächer ist auch der administrative Einfluß auf den internationalen Handel.

Eine der Aufgaben entsprechender internationaler Organisationen und der unter ihrer Ägide durchgeführten Konferenzen ist die weitere Liberalisierung des internationalen Tauschverkehrs. In dem Maße, in dem die angestrebte Liberalisierung verwirklicht wird, werden den nationalen Regierungen nicht unwichtige Lenkungsinstrumente aus der Hand genommen.

Warum können die Bestrebungen der Regierungen einzelner Länder, so etwas wie einen Mechanismus der internationalen Regulierung zu schaffen, keinen Erfolg haben? Weiter oben wurde bereits auf die Kollision zwischen der ökonomischen Aktivität des Kapitals, die sich auf die ganze Welt erstreckt, und der Beschränkung der administrativen Intervention auf einen nationalen Wirtschaftsraum hingewiesen. Diese Kollision kann man auch auf einer anderen Ebene betrachten — als Widerspruch zwischen dem Kosmopolitismus des Kapitals und dem bürgerlichen Staatswesen. Einerseits ist das Kapital nicht geneigt, im Bereich seiner Verwendungssphäre Zwang zu dulden, andererseits tritt der Staat als Vertreter einer bestimmten, nämlich nationalen Gruppe von Kapitalisten auf.

Hier ist darauf hinzuweisen, daß eine Reihe von internationalen Monopolen zu einem erheblichen Teil dem Staat gehören. Letzten Endes jedoch tritt der bürgerliche Staat, unabhängig vom konkreten Eigentümer dieser oder jener Firma (Gruppe von Privatfirmen oder staatlichen Organen), als Anwalt der Interessen des nationalen Kapitals auf. Die Kapitale verschiedener Länder sind nicht nur Partner, sondern mehr noch Konkurrenten. Deshalb kann der Staat, der die Schleusen für die spontane Migration des Kapitals verschiedener Länder immer weiter öffnet und der über keine wirksamen Instrumente zur Einflußnahme verfügt, dennoch seine entscheidenden Prärogative nicht an ein internationales Organ abgeben. Mit anderen Worten: Wenn sich der bürgerliche Staat als unfähig erweist, den inländischen Reproduktionsprozeß unter Kontrolle zu halten, dann ist die interstaatliche Regulierung dazu noch weniger imstande.

Bei einer Bewertung der Effizienz der Steuerung ist es methodologisch wichtig, zwischen dem Objekt, den Instrumenten und den Subjekten der Regulierung zu unterscheiden. Das

Objekt ist die Zirkulationssphäre, sind die Absatz- und Verrechnungsbedingungen. Der Produktionsbereich unterliegt nicht der einschränkenden Einflußnahme der supranationalen Organe. Schon allein diese Tatsache zeugt von der geringen Durchschlagskraft internationaler Lenkungsbestrebungen. Es besteht kein Anlaß zu erwarten, daß sich die Situation wesentlich ändern könnte, selbst wenn die kapitalistischen Länder versuchen würden, die Produktion unter eine gemeinsame Kontrolle zu bringen. Denn schon im nationalen Rahmen, wo die Regulierung ein höheres Niveau erreicht als im internationalen Rahmen, hat die Einflußnahme auf die Produktion nur sehr wenig Erfolg, weil sie bis auf seltene Ausnahmen, dies sei noch einmal betont, nicht direkt, sondern indirekt ausgeübt wird. Die direkte Lenkung der Produktion von seiten des Staates ist aber keine Aufgabe, die im Kapitalismus auf der Tagesordnung steht. Die Monopole haben nicht die Absicht, sich dem Staat „zu ergeben“, während der Staat sich nicht darum bemüht, den „Sieg“ über das Kapital davonzutragen.

Was die Subjekte der Regulierung anbelangt, so wird die Angelegenheit in der internationalen Arena wesentlich komplizierter. Während die Kapitale verschiedener Länder zusammenwachsen und sich miteinander verflechten, bewahren die bürgerlichen Staaten nach wie vor ihre Souveränität. Daher können die Bemühungen um eine zwischenstaatliche Regulierung nur wenig Erfolg haben. Auf zwischenstaatlicher Ebene gefaßte Beschlüsse werden von jedem einzelnen Land unter Berücksichtigung seiner eigenen Interessen mit nationalen Instrumenten durchgeführt, ganz davon zu schweigen, daß diese Beschlüsse selbst im Konkurrenzkampf zustande kommen und Kompromisse darstellen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen vollzieht sich die reale gesellschaftliche Reproduktion immer mehr auf internationaler Grundlage, aber zu regulieren sucht man sie durch isolierte Maßnahmen der einzelnen staatlichen Systeme.

Wie aktuell und kompliziert das Problem der internationalen Steuerung der Produktion ist und wie wenig Aussicht für eine Lösung dieses Problems besteht, zeigt sich am Beispiel der EG, in der die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Wirtschaften wohl einen höheren Grad erreicht hat als in irgendeiner anderen Region der kapitalistischen Welt. Auf dem Gemeinsamen Markt gibt es eine ökonomische Programmierung, die das Ziel hat, die Aktionen der nationalen Regierungen zu ver-

einheitlichen. Es wurden mehrere gemeinsame Wirtschaftsprogramme als offizielle Richtschnur angenommen, aber sie haben den Teilnehmerländern keine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Probleme beschert. Erklärt werden kann der geringe Erfolg der Programme u. a. daraus, daß es in der Gemeinschaft keine direkte politische Einflußnahme auf die Produktion gibt.

Ein gewisser Sonderfall sind die Regelungen für die landwirtschaftliche Produktion, obgleich auch hier von einer direkten Intervention der Organe der Gemeinschaft in die Produktion keine Rede sein kann. Analysiert man die Agrarpolitik, so lassen sich ihre beiden Hauptmerkmale so bestimmen: Erstens ist sie durch eine geringe Effizienz gekennzeichnet, was vor allem in den enormen Ausgaben für die Erhaltung des „grünen Marktes“ zum Ausdruck kommt. Zweitens hat sie die scharfen Gegensätze zwischen den Partnern der Gemeinschaft nicht beseitigt.

Stellen wir uns einmal vor, daß die Aktionen von oben den Prozessen von unten adäquat seien, d. h., daß es zu einem Zusammenwachsen der kapitalistischen Staaten käme. Wenn eine solche Annahme auch sehr realitätsfern ist, so ermöglicht sie es doch, sich einen klaren Begriff vom Wesen der Sache zu machen: Auch die in einem solchen Falle entstehende vergrößerte staatliche Einheit hätte sich natürlich nicht von den charakteristischen Problemen befreit, denn deren Existenz und Gewicht hängt nicht von der Größe eines Landes ab.

Die „Keynesianische Revolution“ stellte seinerzeit einen Wendepunkt in der Geschichte der bürgerlichen Politischen Ökonomie dar. Keynes hat sich vor allem dadurch Verdienste um den Kapitalismus erworben, daß er als nüchtern denkender Pragmatiker nicht die Augen vor den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft verschlossen hat. Als einer der ersten bürgerlichen Ökonomen hat Keynes die Realitätsferne des neoklassischen Dogmas von der Selbststeuerung des Marktmechanismus, die Nutzlosigkeit, ja sogar Gefährlichkeit dieses Dogmas für das weitere Schicksal dieses Systems erkannt.

Vor Keynes sind die bürgerlichen Ökonomen bei ihren Überlegungen vom Say'schen Theorem ausgegangen, daß sich die Wirtschaft selbst reguliere, da sich jede Produktion eine eigene Nachfrage schaffe. Keynes' Kritik an diesen Ökonomen, die nicht imstande waren, den ganzen Ernst der Diskrepanz zwischen

Theorie und Praxis zu begreifen, kommt schon fast einer Anklage gleich.

Keynes hat nicht nur mit den alten Ansichten aufgeräumt, sondern hat die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft auch theoretisch begründet. Er hat betont, daß der Ausbau der ökonomischen Rolle des Staates für den Kapitalismus von vitaler Bedeutung ist. Als Mitglied der herrschenden Klasse hatte er es nicht nötig, seine Loyalität zu beweisen, und es kümmerte ihn wenig, daß seine Idee, die staatlichen Eingriffe zu verstärken, unpopulär war. Er rechtfertigte diese Idee mit den strategischen Interessen des Kapitalismus selbst. Der eigentliche Schöpfer des Keynesianismus war jedoch — mit Verlaub zu sagen — die Realität selbst. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf folgende Tatsache hinzuweisen: Wie durch eine Reihe von Quellen belegt werden kann, waren Präsident Roosevelt die ökonomischen Anschauungen von Keynes bei Beginn seiner Amtszeit noch unbekannt, aber dennoch verfolgte er eine klar „Keynesianische“ Politik. Den Anstoß zu dieser Improvisation in der Wirtschaftspolitik gab die raue Wirklichkeit des Jahres 1933 in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit und einer bis dahin noch nicht dagewesenen Unterauslastung der Produktionskapazitäten; es hatte sich „soziales Dynamit“ angehäuft, das das ganze Gesellschaftssystem sprengen konnte.

Aus den Tendenzen zur Erweiterung der ökonomischen Funktionen des Staates, die schon in jener Periode zu beobachten waren, hat Keynes in erheblichem Umfang allgemeingültige Schlüsse gezogen. Die pragmatischen Ansätze einzelner Politiker, die neue Instrumente zur Einwirkung auf die Wirtschaft empirisch herausgefunden hatten, wurden in den Arbeiten dieses weitsichtigen Anwalts des Kapitalismus theoretisch formuliert und weiterentwickelt.

Heute kommen jedoch die bürgerlichen Wissenschaftler selbst immer mehr zu der Überzeugung, daß die Keynesianische Theorie als Richtschnur bei der Lösung der vielen gegenwärtig anstehenden Probleme gänzlich ungeeignet ist. Sie verweisen unter anderem darauf, daß Keynes bei der Ausarbeitung seiner allgemeinen Theorie hauptsächlich von den Bedingungen einer geschlossenen Wirtschaft ausgegangen ist. Versucht man indessen, diese Theorie unter Berücksichtigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen anzuwenden, so zeigt sich ihre entscheidende Lücke.

Trotz der Vielzahl unterschiedlicher Theorien ist kein klarer Fortschritt in der gewünschten Richtung zu erkennen. Der bekannte westliche Ökonom P. Drucker charakterisierte die Situation etwa folgendermaßen: Im Westen sei man sich dessen bewußt, daß eine ganz neue ökonomische Theorie benötigt werde, die sich nicht so sehr mit der nationalen als vielmehr mit der Weltwirtschaft beschäftigt. Dies bedeute, so Drucker weiter, daß man eine Theorie brauche, die über die Keynesianische Lobpreisung der nationalen Regierung als einer allmächtigen und allwissenden Instanz hinausgeht und die nationale Wirtschaft als Teil der größeren Weltwirtschaft begreift.

Außerdem müsse die gesuchte Theorie bestimmten Anforderungen genügen. Sie müsse z. B. imstande sein, nicht nur die Verteilung der Einkommen, sondern auch die Bildung des Kapitals zu analysieren und die Probleme der natürlichen Ressourcen, des Arbeitskräftepotentials, des Geldes, des Kredits und der Steuern zu erfassen.

Die Anforderungen an eine solche Theorie sind also sehr hoch. Letztlich handelt es sich hier um den Wunsch, eine theoretische Konstruktion zu schaffen, die helfen würde, die Reproduktion im Weltmaßstab und damit auch im nationalen Rahmen zu stabilisieren. Aber nicht alle Wünsche sind erfüllbar.

Internationale Verflechtung, wirtschaftliche Macht und das „Management von Interdependenz“

Anmerkungen zu dem Artikel von Valentin Fjodorow

In der Möglichkeit, die Ausführungen von V. Fjodorow über „Nationale Ökonomien in der westlichen Weltwirtschaft“ zu kommentieren, liegt deshalb ein großer Reiz, weil sie Gelegenheit gibt, nicht nur völlig korrekte Beobachtungen des Autors zu bestätigen, sondern auch auf Unvollständiges und Fehlendes hinzuweisen. Die folgenden kritischen Anmerkungen sollen dazu beitragen, weitere Denkanstöße zu geben und auch Fragen aufzuwerfen, die Fjodorow zu stellen leider versäumt.

Fjodorows zentrale Beobachtung, daß in Zeiten sich intensivierender Internationalisierungsprozesse in Handel und Produktion der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum von Nationalstaaten bzw. die nationale „staatliche Regulierung“ eingeengt wird, ist von westlichen Ökonomen schon seit langem konstatiert worden. Dementsprechend gibt es eine mittlerweile kaum mehr zu übersehende wirtschafts- und politikwissenschaftliche Literatur zu diesem Thema im Westen, in der die wesentlichen Problemereiche umfassend abgehandelt werden¹⁾. Worauf Fjodorow nun zusätzlich hinweist, ist der Widerspruch zwischen Nationalstaat und internationaler Vergesellschaftung der Produktion, wobei Fjodorow uns den Eindruck vermittelt, daß dieser Widerspruch nicht zu lösen sei. Ob das nun lediglich daran liegt, daß die westliche wirtschaftswissenschaftliche Forschung zu sehr dem Keynes'schen System, das hauptsächlich von den „Bedingungen einer geschlossenen Wirtschaft“ (S. 12) ausgeht, verhaftet ist, kann

mit Fjodorow durchaus bezweifelt werden. Schließlich gilt für alle wirtschaftspolitisch relevanten Schulen unserer Zeit — sei es der Keynesianismus, der Monetarismus oder die supply-side-economics —, daß „auf dem Gebiet der Ökonomie gewöhnlich die Theorien entweder den Ereignissen hinterher-(hinken) oder sie überdauern“²⁾.

Etwas anderes scheint mir aber sehr viel wichtiger zu sein. Und hier springt Fjodorows manchmal sehr pointierte Betrachtungsweise ins Auge. Schließlich ist es ja nicht einfach so, daß bei Internationalisierungsprozessen Nationalstaaten an Handlungsspielraum bei ihrer makroökonomischen Steuerung verlieren. Vielmehr ist hervorzuheben, daß dies in unterschiedlichem Ausmaß der Fall ist; diese Asymmetrie wird weitgehend bestimmt von der Offenheit der jeweils betrachteten Volkswirtschaft. Wenn die USA — vor allem aus binnenwirtschaftlichen Gründen — es z. B. für notwendig halten, ihr Zinsniveau hoch zu halten, dann sind die Möglichkeiten anderer Länder, die negativen Folgen dieser Politik für das eigene Land zu begrenzen, angesichts der weitgehenden Verflechtung der Industrieländer untereinander nur sehr gering.

Von dieser „gegenseitigen Verflechtung“ der westlichen Industrieländer untereinander ist in dem Aufsatz von Fjodorow nur an einer Stelle (S. 5) die Rede, von gegenseitiger Abhängigkeit ebenfalls, und zwar im Zusammenhang mit dem Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft (S. 11). Den Terminus *Interdependenz* vermeidet Fjodorow völlig, und zwar sicherlich deshalb, weil er — wie ein Autorenkollektiv aus der UdSSR und der DDR — der Meinung sein dürfte, daß „die These von einer Interdependenz dazu genutzt (wird), um gestützt auf sogenannte Abhängigkeitszwänge die objektive Notwendigkeit des Ab-

In diesen Beitrag sind Forschungsergebnisse eingeflossen, die der Autor im Rahmen von Projekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) erarbeitet hat.

¹⁾ Stellvertretend für die Vielzahl der Untersuchungen sei verwiesen auf C. Deubner/U. Rehfeldt, F. Schlupp/G. Ziebur, Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion, Frankfurt/New York 1979.

²⁾ R. Prebisch, The Economic Development of Latin America and Its Principal Problems, in: ECLA, Economic Bulletin for Latin America, Vol. VII, No. 1, February 1962, S. 1 (engl.).

baus nationaler Souveränität bei der Entscheidung von Wirtschaftsfragen in den imperialistischen Ländern zu propagieren, um ein möglichst freies Agieren der internationalen Monopole zu erreichen³⁾.

Dennoch dürfte es aber mittlerweile kaum mehr möglich sein, das sich zuspitzende Spannungsverhältnis zwischen nationaler Wirtschaft und Weltwirtschaft — oder besser: Nationalstaat und internationalem System — ohne den Begriff Interdependenz erklären zu können. Dabei spreche ich von Interdependenz nicht als ideologisch verbrämter Leerformel, mit der wenig erklärt und vieles vernebelt werden kann, sondern meine mit einem interdependenten internationalen System das in der Regel asymmetrische Geflecht von Natio-

³⁾ Autorenkollektiv DDR — UdSSR, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Berlin (Ost) 1981, S. 19. Eine derartige Diskreditierung des Begriffes „Interdependenz“ erinnert ein wenig an das entsprechende Umgehen mit dem Begriff „Integration“ zu Beginn der sechziger Jahre seitens sowjetischer Autoren. Vgl.: Über die imperialistische „Integration“ in Westeuropa. Thesen des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in: Sonderheft 2/1962 der Deutschen Außenpolitik, Berlin (Ost), S. 237—254. In der gleichen Ausgabe der Zeitschrift schreibt W. Ljubimowa: „Die europäische ‚Integration‘ ist eine Art ‚Heilige Allianz‘ der reaktionären Kräfte Westeuropas, die die Aufgabe hat, günstigere Voraussetzungen für eine verstärkte kapitalistische Ausbeutung und politische Unterdrückung der Werktätigen zu schaffen.“ (S. 119) Seit einigen Jahren allerdings haben sich die Töne geändert. So heißt es beispielsweise: „Die Integration ist eine die gesamte Welt umspannende Entwicklungstendenz... die Integration (wird) für viele Länder objektiv notwendig.“ M. M. Maximowa, Kapitalistische Integration, Berlin (Ost) 1975, S. 21. Und an anderer Stelle: „Trotz ihrer inneren Widersprüchlichkeit vergrößert die kapitalistische Integration die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzen der integrierten Länder und erhöht die Effektivität ihrer Wirtschaft.“ (ebenda, S. 281 f.)

⁴⁾ Stellvertretend für die Vielzahl der erschienenen Analysen sei verwiesen auf R. N. Cooper, *The Economics of Interdependence*, New York usw. 1968; R. O. Keohane/J. S. Nye, *Power and Interdependence*, Boston/Toronto 1977, sowie wegen der ausführlichen Bibliographie auf Congressional Research Service, *Science, Technology, and Diplomacy in the Age of Interdependence*. Prepared for the Subcommittee on International Security and Scientific Affairs of the Committee on International Relations. U. S. House of Representatives, Washington, D. C. 1976.

nalstaaten und anderen transnationalen Akteuren staatlicher und nichtstaatlicher Art (internationale Organisationen, multinationale Unternehmen etc.), in dem zweifellos — und hier ist Fjodorow voll zuzustimmen — die Bedeutung von Nationalstaaten als Regulativ abgenommen hat⁴⁾.

Folgt man Fjodorows Gedankengang, dann haben jedoch alle Versuche, internationale Regulative einzusetzen, keine Aussicht auf Erfolg; die Beispiele der EG und des GATT seien Beweis dafür. Vielmehr sei der „Widerspruch zwischen dem Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der Form der Aneignung... auf eine neue Stufe“ (S. 4) gehoben. Die Folgen dieses Leninschen Ansatzes sind klar, insbesondere dann, wenn man sich der Kritik Lenins an Kautskys Konzept vom „Ultraimperialismus“, das „internationale Einrichtungen der Kontrolle oder auch der Entscheidung von Streitfragen zwischen Völkern und Staaten“⁵⁾ einschloß, erinnert: Das sei „eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus, statt einer Enthüllung ihrer Tiefe; das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.“⁶⁾

Die — sei es auch nur indirekte — Berufung auf revolutionäre Thesen, die (1917 geschrieben) unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges entstanden, führt unter den heutigen Bedingungen jedoch nicht weiter. Zu sehr haben sich die sozioökonomischen Strukturen, die Akteure und auch die Bewegungen zwischen ihnen verändert. Fjodorows Ansatz, seine Analyse und somit auch seine Schlussfolgerungen werden dem Gegenstand nicht immer gerecht. Es ist keineswegs einsehbar, warum sich nicht wie im nationalen auch im internationalen Bereich bilaterale, regionale oder gar globale Regulierungsmechanismen von Zirkulations- und auch Produktionsprozessen herausbilden sollten. Und die jüngeren Entwicklungstendenzen weisen exakt in diese Richtung.

⁵⁾ K. Kautsky, *Habsburgs Glück und Ende*, Berlin 1918, S. 78. Vgl. auch ders., *Der Imperialismus*, in: *Die Neue Zeit*, 22. Jg. (1914), Bd. 2, S. 908—922.

⁶⁾ W. I. Lenin, *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Werke*, Bd. 22, Berlin (Ost) 1966, S. 274.

Verflechtung, Interdependenz und Protektionismus

Die „bürgerliche“ Analyse jüngerer Entwicklungen in der Weltwirtschaft ignoriert gestiegene Konfliktpotentiale keineswegs. Deren Ursache sind mehrere Trends, die nicht nur nebeneinander existieren, sondern kumulativ wirken:

1. So war bereits während der sechziger Jahre deutlich geworden, daß der Welthandel im Vergleich zur Weltproduktion überproportionale Zuwächse aufwies — eine Entwicklung, die sich seit Anfang der siebziger Jahre sogar noch steigerte. Gerade für die Industrieländer nahm der Welthandel an Bedeutung zu: Fast ohne Ausnahme ist in allen wichtigen Industrieländern der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Teil des im Inland Produzierten, der dem Ausland zur Verfügung gestellt wird, gestiegen (z. B. USA von 4 % [1960] auf 7 % [1978]; EG von 8 % [1960] auf 11 % [1978] ohne Intra-Handel); für die Importe gelten ähnliche, etwas höhere Quoten.

Die Folgen dieses Prozesses sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil diese Länder auf Veränderungen im internationalen Handel und auf Veränderungen in abnehmenden oder liefernden Partnerländern sehr viel empfindlicher reagieren und verwundbarer, d. h. abhängiger geworden sind. Die größere Verflochtenheit der Volkswirtschaften untereinander und die größere Sensitivität gegenüber externen Ereignissen ist besonders deutlich geworden bei der Übertragung internationaler wirtschaftlicher Störungen zwischen den Industrieländern, beispielsweise bei dem kombinierten Auftreten von Inflation und Rezession in den Jahren 1972 bis 1975 und auch jetzt wieder seit 1979. Zwar werden diese Störungen über die außenwirtschaftlichen Kanäle zwischen den Ländern vermittelt, die Effekte haben jedoch mittel- und unmittelbare Auswirkungen auf die nationalen Preise, auf Angebots- und Nachfragestrukturen, auf das Einkommen, die Beschäftigung usw. Die Übertragungsmechanismen (qua Preis-, Einkommens- und Finanzeffekte) wirtschaftlicher Störungen, die mit einer Zunahme der wirtschaftlichen Verflechtung entsprechend der nationalen wirtschaftlichen und innenpolitischen Flexibilität ihren Wirkungsgrad verändern, werden besonders virulent bei „nichttypischen“, also primär politisch bewirkten Störungen. So hat das Beispiel der „Energiekrisen“ seit 1973/74 gezeigt, daß alle Industrieländer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, auf Störungen

der Versorgungssicherung sensibel reagieren und in ihnen teilweise schmerzhaft — weil kosteninduzierende — wirtschaftspolitische Anpassungsprozesse bewirkt wurden. Denn mit der steigenden Bedeutung des Außenwirtschaftsbereichs verbreitern sich auch die Kanäle, durch die die Produktion, die Beschäftigung, das wirtschaftliche Wachstum, die Verteilung usw. eines Landes beeinflußt werden können und — im Extremfall — sogar sein wirtschaftlicher Zusammenbruch bewirkt werden kann.

2. Diese Überlegungen gelten nicht nur für den internationalen Handel, sondern auch für den Bereich des Kapitalverkehrs in Form etwa von Direktinvestitionen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt einen weltweit rapiden Anstieg von wirtschaftlichen Transaktionen, die sich nicht nur auf das Gebiet des internationalen Austausches von Waren und Dienstleistungen beschränken, sondern sehr viel weiter gehen und Kapitalbewegungen in Form etwa der Verlagerung von Produktionsstätten, kurz eine allgemeine Internationalisierung der Produktion umfassen.

Als wirtschaftliche Ursache für diesen Internationalisierungsprozeß muß der rapide Anstieg der produktiven Kräfte in den industriell entwickelten Zentren angesehen werden: Rationalisierung und Automatisierung sowie eine ständige Erhöhung der Produktivität fördern vertikale und horizontale Konzentrationstendenzen in der Produktion. Die optimalen Betriebsgrößen und die Produktionsserien wachsen in beträchtlichem Ausmaß. Und in vielen, besonders den kleineren Industrieländern haben die produktiven Kräfte einen Punkt erreicht, wo der Rahmen und die Grenzen der einzelnen nationalen Wirtschaften zu klein geworden sind und hemmend wirken. Die notwendigen Investitionen sind von den einzelnen Unternehmen kaum mehr allein zu tragen, und die Entwicklung neuer Produktionen und Technologien erfordert einen exorbitant hohen Forschungsaufwand, der nur noch in multinationalen und/oder integrierten Systemen zu leisten ist. Hierdurch, nämlich durch eine den nationalen Rahmen überwindende Verklammerung von Unternehmens-einheiten in verschiedenen Ländern, verändern sich die Parameter für die Realisierungsmöglichkeiten nationaler wirtschaftspolitischer Postulate und schaffen strukturelle In-

terdependenzen zwischen den betrachteten Ländern.

3. Mit den Veränderungen im Handels- und im Kapitalverkehrsbereich einher gingen grundlegende Veränderungen in den internationalen monetären Beziehungen. Zweifellos hat die Internationalisierung der Produktion die Internationalisierung des Banken- und Finanzwesens intensiviert. Schließlich verfügen die multinationalen Unternehmen für ihre internationalen Aktivitäten über immense kurzfristig verfügbare Mittel, die je nach konzerninternen Überlegungen zwischen den verschiedenen Ländern transferiert und natürlich auch verwendet werden, um beispielsweise Zinsdifferenzen zwischen den Ländern auszunutzen. Daß es deshalb in den sechziger Jahren zusätzlich zu verstärkten Aktivitäten von US- und europäischen Banken kam und zur Bildung internationaler Banken-Konsortien, kann nicht überraschen. Derartige multinationale Banken können ebenso wie multinationale Unternehmen enorme finanzielle Transfers vornehmen, und zwar nicht allein aus Investitionsgründen, sondern etwa auch, um für oder gegen Wechselkursveränderungen zu spekulieren. Aufgrund dieser Entwicklungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Entstehung der durch die Petrodollars zusätzlich aufgeblähten Eurogeldmärkte fanden (deren Volumen betrug Ende 1980 mehr als 1000 Mrd. US-Dollar), fand ein weiterer Verlust an makroökonomischen Steuerungsmöglichkeiten durch die nationalen Regierungen statt.

In die beschriebenen Internationalisierungstendenzen sind Ländern involviert, die — wie Joan Robinson es einmal formuliert hat — ihrem „Wesen nach protektionistisch und natio-

nalistisch“⁷⁾ sind. Nicht nur gibt es in jedem Land eine andere Form der Beziehung zwischen Regierung, Verwaltung und Unternehmen, auch die Einkommensverteilung ist unterschiedlich, die Gesetzgebung usw. In den Außenwirtschaftsbeziehungen ist das Beharren auf nationale egoistischen Interessen besonders deutlich: In den hochindustrialisierten Ländern übersteigt die Produktionskapazität in der Regel die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Exporte bewirken eine Ausdehnung der Gewinnchancen, Importe dagegen Verluste zuungunsten der einheimischen Produzenten. Und hierdurch werden Grundlagen geschaffen für neue und verfeinerte Importbeschränkungen, Exportförderungen usw.

Aus den einander widerstrebenden Entwicklungen läßt sich folgern, daß durch die größer gewordene Sensibilität der Industrieländer bei Veränderungen in der Weltwirtschaft einerseits und die sich verstärkenden protektionistischen Maßnahmen andererseits Konfliktfelder entstanden sind, die nicht nur das zukünftige wirtschaftliche Wohlergehen dieser Länder beeinflussen, sondern auf ihre gesellschaftliche Entwicklung einwirken. Deshalb ist keineswegs sicher, inwieweit Anstrengungen, die gestiegene wirtschaftliche Interdependenz der Industrieländer zu regulieren, dieses Spannungsverhältnis zwischen nationaler Wirtschaftspolitik und internationaler Verflechtung lösen können. Es gibt jedoch — und das dürfte eigentlich allen Regierungen deutlich sein — keine Alternative zu dem Versuch, effektive Formen der internationalen Regulierung zu finden. Ein Abbau der internationalen Verflechtung schadet schließlich allen Beteiligten.

Nationale Handlungsspielräume und wirtschaftliche Macht

Angesichts der beschriebenen Außenwirtschaftssensibilitäten und der größer gewordenen Verwundbarkeiten haben sich zunächst einmal binnenwirtschaftliche Mechanismen und Strategien herausgebildet, die die negativen Auswirkungen der Verflechtung, die potentiellen und tatsächlichen Abhängigkeiten mindern und die wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten sollen. Abgesehen von den politischen Implikationen dieser Ziele sollen diese Strategien verhindern, daß die „außenwirtschaftlichen Umstände (Parameter) sich so

verändern, daß das sozio-politische System einer Nation einem Druck ausgesetzt wird, unter dem es zusammenbricht“⁸⁾, d. h. sie konzentrieren sich auf Bereiche, die die Verwundbarkeit des Landes (z. B. Rohstoff- und Energieversorgung) betreffen. Unter dem Gesichtspunkt zunehmender Verflechtung wird dann

⁷⁾ J. Robinson, Die Wirtschaft als Wirtschaftsgesellschaft, München 1971, S. 88 f.

⁸⁾ W. Hager, Westeuropas wirtschaftliche Sicherheit, Bonn 1976, S. 3.

das Verhalten der betroffenen Länder von der Maxime geprägt, solche internen wirtschaftlichen Strukturen zu entwickeln, die in der Lage sind, potentielle oder existierende Abhängigkeiten in relevanten Bereichen abzubauen.

Oftmals noch schwieriger als für dieses Problem sind nationale Antworten auf die gesunkene Autonomie der meisten Industrieländer zu finden, die keineswegs nur in der Formulierung von „Industriepolitiken“ oder dem Erlaß anderer protektionistischer Maßnahmen bestehen müssen. So müssen beispielsweise die potentiellen Vorteile in Rechnung gestellt werden, die ein Land durch die Koordinierung seiner Wirtschaftspolitik mit einem anderen Land erzielen kann: Die gesunkene Effektivität einiger nationaler wirtschaftspolitischer Maßnahmen (hauptsächlich nachfrageorientierte Politik in kleineren Ländern) kann beispielsweise durch unterstützende Maßnahmen von Nachbarländern kompensiert werden. Überhaupt macht es die Interdependenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen selbst attraktiv für alle betroffenen Länder, kooperative Lösungen zu finden, wobei diese Kooperation vom schlichten Austausch von Informationen bis hin zu gemeinsamen wirtschaftspolitischen Aktionen gehen kann.

Wirksamkeit und Ausmaß derartiger Maßnahmen und nicht zuletzt die Flexibilität, mit der sich ein Land gegen störende Einflüsse abschirmen oder sie durch eigene Initiativen gegenüber den „Störern“ kompensieren kann, sind äußerst komplex, zumal ein Land auf ökonomische Wirkungsmechanismen (z. B. bei importierter Inflation und internationaler Konjunkturübertragung) ebenso zu reagieren hat wie auf in politischen Bereichen angesiedelten Entscheidungen, die etwa seine wirtschaftliche Sicherheit (z. B. Energieversorgung) betreffen.

Hiermit wird ein Punkt angesprochen, der in Fjodorows Analyse nicht behandelt wird, der aber das von ihm angesprochene Problem nationaler Regulierung eher noch brisanter macht. Es kann kaum bestritten werden, daß in den sechziger und insbesondere in den siebziger Jahren zwischen den Industrieländern eine „Politisierung der Ökonomie“ stattgefunden hat. Nicht nur wurden Entscheidungen in nichtökonomischen zunehmend mit solchen in ökonomischen Bereichen verknüpft. Bei den existierenden langfristigen Trends in Richtung verstärkter staatlicher Interventionen in die nationalen Wirtschaftsabläufe forderte darüber hinaus die Herausbildung neuer transnationaler Akteure wie der multinationalen

Unternehmen die Nationalstaaten immer mehr zu politischen Reaktionen und zur Formulierung politischer und wirtschaftspolitischer Verhaltensmaximen heraus. Aber auch von einer „Ökonomisierung der Politik“ könnte gesprochen werden, weil nämlich die Hauptprobleme, mit denen die Nationalstaaten als Hauptakteure des internationalen Systems konfrontiert werden, sich mehr und mehr auf wirtschaftliche Probleme konzentriert haben. Die Wirtschaftsgipfeltreffen der wichtigsten westlichen Industrieländer sind hierfür das beste Beispiel.

Eine Ausweitung des Gegenstandes der Diskussion — Analyse ökonomischer und politischer Bestimmungsfaktoren des internationalen Systems — setzt voraus, daß eine Fixierung von „issue areas“, also von Sachbereichen, um die es bei zwischenstaatlichen Transaktionen geht, vorgenommen wird, innerhalb derer oder zwischen denen die Beziehungen der internationalen Akteure stattfinden.

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen den industrialisierten Ländern läßt den allgemeinen Schluß zu, daß seit Anfang der siebziger Jahre die Akteure des internationalen Systems mehr und mehr dazu neigen, auftretende Konflikte nicht — wie es in den fünfziger und auch noch in den sechziger Jahren überwiegend der Fall war⁹⁾ — innerhalb der jeweiligen „issues“ einer Lösung zuzuführen, sondern die Regelung eines Problems von der Verknüpfung mit Problemen aus anderen „issue areas“ abhängig zu machen, wobei wirtschaftliche Problembereiche an Bedeutung zugenommen haben. Keohane/Nye beispielsweise führen diese verstärkt auftretende Veränderung auf das Erscheinen neuer Akteure und das Entstehen neuer Problemkreise zurück.¹⁰⁾

Als neue Akteure bezeichnen sie beispielsweise die multinationalen Unternehmen, die zu einer Komplizierung der Interaktionsmuster zwischen Staaten beitragen, ebenso wie internationale Organisationen, die — wie

⁹⁾ Als bekannteste Ausnahme und als mittlerweile „klassisches“ Beispiel einer derartigen Verknüpfungspolitik muß das „burden sharing“ für die in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen angesehen werden. Vgl. E. Thiel, Dollar-Dominanz, Lastenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa, Baden-Baden 1979. Zum generellen Problem des „linkage“ vgl. E. B. Haas, Why Collaborate? Issue Linkage and International Regimes, in: World Politics, Vol. 32, No. 3 (April 1980), S. 357—405

¹⁰⁾ Vgl. R.O. Keohane/J. S. Nye, Power and Interdependence, in: Survival, Vol. 15, No. 4 (1973), S. 162ff.

etwa die EG-Kommission — ein gewisses Maß an Autonomie gewonnen haben und selbst in der Lage sind, das internationale System mitzubeeinflussen. Zu den dringlicher werdenden Problemkreisen gehören nationale Grenzen überschreitende Fragen wie Umweltbelastung, Seerecht, internationale Geldmärkte usw. Als zweite Ursache für das veränderte Verhalten der Akteure wird das Ansteigen der Zahl ihrer ökonomischen und politischen Ziele bezeichnet, die aus der gestiegenen Zahl der Akteure und aus der gestiegenen Sensitivität gegenüber externen Einflüssen erwachsen. Drittens wird es aufgrund der komplexen Struktur des Systems immer schwieriger, daß die Akteure ihre politischen Ziele und jeweiligen Verhaltensweisen definieren und aufeinander abstimmen können. Hieraus schließlich ergibt sich, daß bei komplexen Interaktionsmustern und bei asymmetrischen Strukturen — zweifellos Ergebnis ungleichmäßiger Entwicklungen — die einzelnen Länder sich mehr und mehr veranlaßt sehen, „linkage“-Strategien zu entwickeln und anzuwenden, d. h. Probleme aus unterschiedlichen issue-areas, zwischen denen es ohnehin kaum mehr eine hierarchische Struktur gibt (im Sinne etwa der Unterscheidung zwischen „high“ und „low politics“), beispielsweise aus dem wirtschaftlichen und dem sicherheitspolitischen Bereich, miteinander zu verknüpfen, um daraus Vorteile zu ziehen. Dieser Trend läßt den Schluß zu, daß die Wirksamkeit derartiger Strategien ganz erheblich von der Asymmetriestruktur der gegenseitigen Abhängigkeiten der Länder im internationalen System beeinflusst wird¹¹⁾.

¹¹⁾ Im Rahmen dieses Aufsatzes soll darauf verzichtet werden, den Terminus „Asymmetriestruktur gegenseitiger Abhängigkeiten“ näher zu umreißen. Es sei nur darauf verwiesen, daß im ökonomischen Bereich zur Bestimmung der jeweiligen Abhängigkeiten Indikatoren wie Außenhandelsabhängigkeit (Anteil der Ex- bzw. Importe am BIP bzw. der bilateralen Ex- bzw. Importe am Außenhandel insgesamt), Auslandsproduktion im Inland (Anteil der ausländischen Direktinvestitionen im Inland an der inländischen Gesamtproduktion) usw. gebildet werden können, wobei im Einzelfall Differenzierungen nach Branchen, Waren, Regionen usw. notwendig wären. Im Zwei-Länder-Fall bedeutet Abhängigkeit, wenn Land B bei der Formulierung von politischen und ökonomischen Zielen auf von Land A gesetzte Faktoren Rücksicht nehmen muß bzw. wenn B nicht die Mittel besitzt, aus eigener Kraft eigene Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Im Mehr-Länder-Fall wäre Abhängigkeit gegeben, wenn B nicht in der Lage wäre, die Abhängigkeit von A durch die Aufnahme von Beziehungen zu einem Land C oder einer Reihe von dritten Ländern zu substituieren. Gegenseitige Abhängigkeiten treten beispielsweise in bilateralen Beziehungen auf; sie sind jedoch in der Regel asymmetrisch (so haben die US-Direktin-

Investitionen in Westeuropa eine sehr viel größere Bedeutung für die westeuropäische Wirtschaft als umgekehrt die europäischen Direktinvestitionen für die US-Wirtschaft). Zur Anwendung dieses Instrumentariums auf den konkreten Fall der westeuropäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen vgl. H. D. Jacobsen, Trade Between the European Community and the United States. The Diminishing Asymmetry, in: W. J. Feld (Hrsg.), Western Europe's Global Reach. Pergamon Policy Studies on International Politics, New York usw. 1980, S. 182—205.

Investitionen in Westeuropa eine sehr viel größere Bedeutung für die westeuropäische Wirtschaft als umgekehrt die europäischen Direktinvestitionen für die US-Wirtschaft). Zur Anwendung dieses Instrumentariums auf den konkreten Fall der westeuropäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen vgl. H. D. Jacobsen, Trade Between the European Community and the United States. The Diminishing Asymmetry, in: W. J. Feld (Hrsg.), Western Europe's Global Reach. Pergamon Policy Studies on International Politics, New York usw. 1980, S. 182—205.

Regelungen des Verhältnisses von nationaler Wirtschaft und Weltwirtschaft verlaufen nicht entlang des von Fjodorow postulierten „Grundwiderspruchs zwischen internationaler Vergesellschaftung und privater Aneignung“, sondern zunächst einmal entlang der Fragestellung, inwieweit bestimmte Nationalstaaten sich bei ihren wirtschaftlichen Zielen gegenüber anderen Nationalstaaten entweder schützen oder durchsetzen können, und inwieweit transnationale Regulierungen, deren Dringlichkeit zweifellos zunimmt, beispielsweise über internationale Organisationen dem Einfluß bestimmter dominierender Länder unterworfen sind. Dabei spielt die Verschiebung wirtschaftlicher Kräfteverhältnisse im Sinne von Asymmetrieveränderungen gegenseitiger Abhängigkeiten eine ganz erhebliche Rolle. Zusätzlich wird der Handlungsspielraum der Länder durch stärker werdende interdependente und komplexe Strukturen begrenzt. Diese Strukturen schaffen Handlungs-

Regelungen des Verhältnisses von nationaler Wirtschaft und Weltwirtschaft verlaufen nicht entlang des von Fjodorow postulierten „Grundwiderspruchs zwischen internationaler Vergesellschaftung und privater Aneignung“, sondern zunächst einmal entlang der Fragestellung, inwieweit bestimmte Nationalstaaten sich bei ihren wirtschaftlichen Zielen gegenüber anderen Nationalstaaten entweder schützen oder durchsetzen können, und inwieweit transnationale Regulierungen, deren Dringlichkeit zweifellos zunimmt, beispielsweise über internationale Organisationen dem Einfluß bestimmter dominierender Länder unterworfen sind. Dabei spielt die Verschiebung wirtschaftlicher Kräfteverhältnisse im Sinne von Asymmetrieveränderungen gegenseitiger Abhängigkeiten eine ganz erhebliche Rolle. Zusätzlich wird der Handlungsspielraum der Länder durch stärker werdende interdependente und komplexe Strukturen begrenzt. Diese Strukturen schaffen Handlungs-

zwänge, denen sich auch so große und mächtige Staaten wie die USA immer weniger verschließen können — auch wenn die Reagan-Administration gegenwärtig versucht, diesen allgemeinen Trend zu ignorieren.

Dementsprechend wächst die Notwendigkeit zu transnationaler Regulierung. Und Fjodorow müßte eigentlich die Vielzahl von Ebenen erkennen, auf denen sich bereits entsprechende Entwicklungen ergeben und ergeben haben.

Die Regulierung internationaler Interdependenzen

In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren es — übrigens unter ursprünglicher Beteiligung der UdSSR — vor allem das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Internationale Währungsfonds (IWF), durch die die wirtschaftlichen Regeln des internationalen Wirtschaftssystems kodifiziert wurden; ihre Existenz hat ganz erheblich zur Ausweitung und zum Funktionieren des Welthandels beigetragen. Angesichts der angedeuteten allgemeinen Entwicklungen im Handels-, Kapitalverkehrs- und Finanzbereich sowie durch das Auftreten neuer Akteure und Problemfelder wurde jedoch mehr und mehr deutlich, daß das überkommene institutionelle System der Weltwirtschaft nicht mehr in der Lage war, den veränderten Bedingungen zu entsprechen und adäquat auf die Ziele und Interessen der Mitgliedsländer zu reagieren¹²⁾.

Die strukturellen Veränderungen, von denen der immer schärfer werdende Nord-Süd-Konflikt zweifellos der bedeutendste war, führten beispielsweise zu Fraktionsbildungen innerhalb der existierenden Organisationen oder es wurden gar neue gebildet, innerhalb derer oder mit denen es besser möglich wurde, die eigenen Interessen zu vertreten und somit regulierend zu wirken, z. B. die Gruppe der 77, die UNCTAD, die OPEC etc. Auch die mehr informellen Wirtschaftsgipfel der westlichen Industrieländer seit Mitte der siebziger Jahre gehören in diesen Zusammenhang. Generell kann die gegenwärtige institutionelle Struktur der Weltwirtschaft beschrieben werden als ein gleichzeitiges Neben- und Miteinander, als ein Mixtum von globalen Institutionen, die ihre ursprünglichen Funktionen teilweise gewandelt oder gar an Bedeutung verloren ha-

ben, von offenbar zunehmend relevanter werdenden regionalen oder problembezogenen Institutionen (wie EG, OPEC, OECD) sowie von bi- und trilateralen und/oder regionalen Verhandlungen und Vereinbarungen, von wechselnden Koalitionen etc. Dieses äußerst komplexe Geflecht ist Spiegelbild einer sich wandelnden, sich internationalisierenden Weltwirtschaft, durch das den beteiligten Ländern ermöglicht werden soll, ihre Interessen einzubringen, akzeptable Lösungen zu finden, drohende Konflikte abzuwenden und wirtschaftliche Nachteile für alle zu vermeiden.

Natürlich fällt es den Regierungen der in die westliche Weltwirtschaft verwobenen Länder schwer, nationale Souveränitätsrechte zur Regulierung ihrer eigenen Wirtschaft zugunsten internationaler Organisationen einzuschränken oder gar zugunsten supranationaler Institutionen aufzugeben. Und es würde von Naivität zeugen, wollte man ernsthaft behaupten, dieser bereits begonnene Prozeß verlief ohne Konflikte und Machtkämpfe. Der regionale Integrationsprozeß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ist hierfür ein besonders gutes Beispiel. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Konflikte, sei es im Agrar-, im Stahl-, im Energie-, im Währungsbereich usw. zwischen den Mitgliedsländern aufbrechen. Angesichts dessen mag die Behauptung von Fjodorow, daß die Verabschiedung von gemeinsamen Wirtschaftsprogrammen „den Teilnehmern keine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Probleme beschert“ (S. 12) habe, im konkreten Fall durchaus zutreffen. Nichtsdestoweniger hat der Integrationsprozeß generell im Zusammenwirken der nationalen Regierungen und der EG-Kommission (der ja im Außenhandelsbereich eigene Kompetenzen zugestanden wurden) die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzen der integrierten Länder vergrößert und die Effektivität ihrer Wirtschaft erhöht bzw. — um es anders zu formulieren — zu einer Entwicklung geführt, die — im hypothetischen Vergleich mit einer Situation ohne Integration —

¹²⁾ Dieser Prozeß ist ausführlicher dargestellt worden in: M. Baumer/H. D. Jacobsen, *Changing Roles of International Institutional Actors in East-West and North-South Relations*, in: Z. Fallenbuchl/C. McMillan (Hrsg.), *Partners in East-West Economic Relations*. Pergamon Policy Studies on The Soviet Union and Eastern Europe, New York usw. 1980, S. 91—110.

ganz erhebliche Wohlstandszuwächse in den Mitgliedsländern bewirkte (eine ungleiche Verteilung der Integrationsgewinne durchaus in Rechnung gestellt). Zweifellos fehlen direkte Einflußnahmen auf die Produktion (sie sind in marktwirtschaftlich organisierten Systemen ohnehin sehr selten), aber qua Regionalfonds, Bestimmungen über Binnenhandel und -kapitalverkehr, Migration von Arbeitskräften usw. sind indirekte Einflußnahmen durchaus gegeben.

Daß die internationalen Regulierungsversuche der oben beschriebenen neu entstandenen Probleme erst seit kurzer Zeit so richtig beginnen, sei zugestanden; daraus jedoch die prinzipielle Unfähigkeit der westlichen Länder zur überstaatlichen Regulierung abzuleiten, erscheint nicht gerechtfertigt. Wenn wir uns auf den rein wirtschaftlichen Bereich beschränken, dann können wir eine Vielzahl von Maßnahmen und Vorschlägen feststellen, die zu einer internationalen Regulierung, zu einem „Management der Interdependenz“ führen sollen. Erinnert sei beispielsweise an die Vorschläge der „Trilateralen Kommission“¹³⁾, an die Empfehlungen der „Brandt-Kommission“¹⁴⁾, an die Überlegung von Bergsten¹⁵⁾, Camps¹⁶⁾ usw., die hier im einzelnen allerdings nicht diskutiert werden können.

Natürlich bleiben derartige Vorschläge oftmals abstrakt oder sie dienen gar spezifischen politischen oder ökonomischen Interessen. Auch werden die Realisierungsmöglichkeiten neuer Formen internationaler Regulierung ganz erheblich von den Möglichkeiten einzelner Länder zur Beeinflussung der Regeln in ihrem Sinne (über das Ausspielen wirtschaftlicher oder politischer Macht, durch linkage-Bildung usw.) geprägt — hierauf ist bereits eingegangen worden. Hier liegt das eigentliche Problem der Regulierung, nicht in der Regulierung selbst.

Angesichts der unterschiedlichsten Regulierungsversuche, die es bereits gibt (verwiesen sei nur auf das GATT mit seiner zunehmenden

Hinwendung auf nichttarifäre Hemmnisse¹⁷⁾), der andauernden, aber sicher noch ungenügenden Reform des IWF, der Bildung von so unterschiedlichen Institutionen wie der International Energy Agency (IEA), des Europäischen Währungssystems (EWS) usw., lohnt das Eingehen auf die Behauptung von Fjodorow, die „Bestrebungen der Regierungen einzelner Länder, so etwas wie den Mechanismus der internationalen Regulierung zu schaffen, (können) keinen Erfolg haben“ (S. 11). Er begründet das damit, daß „der bürgerliche Staat ... als Anwalt der Interessen des nationalen Kapitals auftritt“ (S. 11). Jegliche internationale Regulierung gehe jedoch mit Einschränkungen einher, „weil die verschiedenen Fraktionen des nationalen Kapitals nicht nur Partner, sondern auch Konkurrenten sind“. „Deshalb“ (?) könne der Staat „dennoch seine entscheidenden Prärogative nicht an ein internationales Organ abgeben“. Dieser Ableitungszusammenhang ist, wenn nicht unverständlich, so doch wenig überzeugend: Fjodorow selbst hat viel Raum darauf verwendet darzulegen, daß der Nationalstaat angesichts tiefgreifender Internationalisierungstendenzen geschwächt ist und seine Instrumente immer weniger greifen. Aber das gilt doch gleichermaßen für andere Länder, und sie verfügen über kaum andere Alternativen als sich entweder abzuschotten (Stichworte: Protektionismus, z. B. in Form von Subventionen, „Industriepolitik“ usw.) oder aber den Versuch zu unternehmen, mit anderen Regierungen Abkommen zu schließen oder überhaupt zu Vereinbarungen zu kommen. Dabei ist es ja nicht einmal notwendig, daß nationale Kompetenzen an ein supranationales Organ abgegeben werden. Vor dieser ‚intensivsten‘ Form internationaler Regulierung gibt es eine Reihe anderer Möglichkeiten, von der Konsultation über Kooperation bis hin zum Abschluß von Abkommen, Verträgen usw. Und diese werden weidlich genutzt.

Fjodorow hat den (allerdings nur vordergründigen) Vorteil, auf der Basis einer Weltanschauung argumentieren zu können, die schon seit ziemlich langer Zeit das Zunehmen von Widersprüchen im Kapitalismus konstatiert und seinen Zusammenbruch immer wieder postuliert hat — wenn sie angesichts des Aus-

¹³⁾ Vgl. R. N. Cooper/K. Kaiser/N. Kosaka, Towards an Renovated International System, Triangle Paper No. 14, New York 1977.

¹⁴⁾ Independent Commission on International Development, North South — A Programme for Survival, London 1980.

¹⁵⁾ C. F. Bergsten, Reforming the GATT: The Use of Trade Measures for Balance-of-Payment Purposes, in: Journal of International Economics, Vol. 7 (1977), S. 1—18.

¹⁶⁾ M. Camps, Collective Management: The Reform of Global Economic Organizations, N. Y. 1981.

¹⁷⁾ Fjodorow unterschätzt die Bedeutung nichttarifärer Handelshemmnisse (NTH) (S. 22), da in dem Maße, wie die Zölle gesenkt werden, die Relevanz der NTH steigt. Allein 844 Typen von NTH hat das GATT-Sekretariat zusammengestellt. Vgl. R. Blackhurst/N. Marian/J. Tumlir, Trade Liberalization, Protectionism and Interdependence. GATT Studies in International Trade, No. 5, Genf 1977, S. 48ff.

bleibens des Zusammenbruches auch schon gelegentlich Stabilisierungsphasen konzediert. Diese ‚Sicherheit‘ ist dann wohl auch der Grund dafür, wieder einmal von einer erneuten Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus zu reden, wobei in Fjodorows Analyse m. E. nicht deutlich wird, ob er das Problem, mit dem er sich beschäftigt, als ‚Grundwiderspruch‘ oder aber als lösbar durch Modifizierung des Systems begreift.

Der von Marx und Engels betonte Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. — in der Form wie ihn Fjodorow verwendet — der zwischen Vergesellschaftung und privater Aneignung hat in den Industriegesellschaften des Westens nationalstaatliche Formen der Regulierung gefunden, die sich zwar krisenhaft durchgesetzt, aber unter prinzipieller Wahrung des kapitalistischen Systems (mehr oder weniger gut) funktioniert haben. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum der von Lenin so beschimpfte „bürgerliche Reformismus“ nicht auch ein (mehr oder weniger gut) funktionierendes, auch unter Krisen entstandenes, internationales Regulierungssystem zustande bringen könnte. Das hat mit Weltregierung oder auch nur supranationalen Institutionen zunächst einmal nichts zu tun. Vielmehr läuft der Entwicklungstrend entsprechend der benannten strukturellen

Veränderungen in der Weltwirtschaft in Richtung auf ein nach Problembereichen und Regionen differenziertes komplexes Netz internationaler Konsultationen, Vereinbarungen, Organisationsbildungen usw. In ihm werden asymmetrische gegenseitige Abhängigkeiten sowie Beziehungen zwischen ökonomischen und nichtökonomischen Bereichen eine sicher noch größere Rolle spielen, als das bisher bereits der Fall war.

Und dies ist eine Entwicklung, der sich letzten Endes auch die meisten sozialistischen Länder nicht werden entziehen können. Schließlich sind sie während der siebziger Jahre mehr und mehr in das Weltwirtschaftssystem integriert worden und können sich immer weniger den Einflüssen der westlichen Weltwirtschaft wie auch den weltweiten Problemen der Energie- und Rohstoffversorgung entziehen. So ist es sicherlich nicht überraschend, daß einige osteuropäische Länder des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) in ihrer Beteiligung an den westlichen Versuchen, zu internationalen Regulierungen zu kommen (z. B. im GATT, im IWF, aber auch durch Verhandlungen mit der EG), einen Ausweg sehen, um ihre eigenen Wirtschaftsprobleme zu bewältigen. — Aber diese ironische Pointe gehört in ein anderes Kapitel.

Valentin Fjodorow: Nationale Ökonomien in der westlichen Weltwirtschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/82, S. 3—13

Die Instrumente der nationalen Wirtschaftssteuerung legen ihre ungenügende Effizienz an den Tag. Eine der Hauptursachen dafür ist die „Internationalisierung“ der Produktion, die sich in doppelter Weise auswirkt: Einerseits entziehen sich jene Teile der Weltproduktion, die aus ihren Stammländern nach außen verlagert werden, der Kontrolle durch die nationalen Regierungen, andererseits hat dieser Verlagerungsprozeß auch notwendigerweise Rückwirkungen auf die innere Produktion und — im Sinne einer Destabilisierung — auf die nationale Wirtschaftspolitik und deren Lenkungspotenz.

Während die Kapitalmassen der westlichen Länder zusammenwachsen und sich miteinander verflechten, sind die bürgerlichen Staaten wie eh und je auf die Sicherung ihrer Souveränität bedacht und nicht bereit, einen Teil ihrer wichtigen Vorrechte auf andere zu übertragen. Daher können sie bei ihren Bemühungen um die Verbesserung und Verstärkung der zwischenstaatlichen Wirtschaftssteuerung kaum irgendwelche Erfolge verbuchen. Die Beschlüsse, die auf zwischenstaatlicher Ebene gefaßt werden, können nur gefiltert durch das Interessenprisma jedes einzelnen Landes und nur mit Hilfe nationaler Instrumente verwirklicht werden, ganz zu schweigen davon, daß diese Beschlüsse selbst in einem Konkurrenzstreit zwischen den einzelnen Staaten zustande kommen und daher den Charakter von Halbheiten tragen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen verlagert sich die gesellschaftliche Produktion immer mehr auf die internationale Ebene, aber zu steuern versucht man sie durch einzelne, unkoordinierte Maßnahmen einzelner Staaten.

Aber wie auch immer: Man hat keine andere Wahl. Zwar haben die westlichen Staaten aus der Erkenntnis, daß es ihnen unmöglich ist, je für sich ihre Probleme zu lösen, zum Teil ihre Einstellung geändert; in Ergänzung zu ihren innerstaatlichen Steuerungsinstrumenten sind sie bestrebt, eine praktische und theoretische Konstruktion zu schaffen, die die Produktion im Weltmaßstab zu stabilisieren vermöchte — und damit auch im nationalen Rahmen. Was jedoch die Erfolgsaussichten dieser Versuche angeht, so ist berechtigte Skepsis geboten.

Hanns-Dieter Jacobsen: Internationale Verflechtung, wirtschaftliche Macht und das „Management von Interdependenz“. Anmerkungen zu dem Artikel von Valentin Fjodorow

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/82, S. 14—22

Zu den wesentlichen Charakteristika des heutigen Wirtschaftslebens gehört die zunehmende internationale Verflechtung auf der Basis einer wachsenden Internationalisierung von Handel und Produktion. Sowohl im Handels-, im Kapitalverkehrs- als auch im Finanzbereich lassen sich zunehmend wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren feststellen. Maßnahmen staatlicher Regulierung greifen heute deshalb sehr viel weniger als etwa noch in den sechziger Jahren. Jedoch muß betont werden, daß der Verlust an Steuerungsfähigkeit zwischen den Ländern keineswegs gleichmäßig verteilt ist, daß „offene“ Wirtschaften sehr viel sensibler als „geschlossene“ auf externe Ereignisse reagieren. Hier verbirgt sich eine Quelle wirtschaftlicher Macht, die — unter den Voraussetzungen zunehmender wechselseitiger, aber asymmetrisch verteilter Abhängigkeiten — auch zur Erreichung politischer Ziele genutzt werden kann. Diesen ungleichmäßigen Entwicklungen entsprechend findet nicht nur eine stärker werdende gegenseitige Durchdringung von politischen und ökonomischen Fragen im internationalen System statt, vielmehr nehmen auch die Versuche der betroffenen Nationalstaaten zu, auf den verschiedensten (z. B. bilateralen, regionalen oder globalen) Ebenen und in unterschiedlichen Formen (z. B. Konsultationen, Kooperationen) den Verlust nationalen Regulierungspotentials zu kompensieren. Daß dies angesichts der beschriebenen zunehmenden Internationalisierungsprozesse in der Weltwirtschaft immer schwieriger wird, darin ist Fjodorows Analyse sicherlich zuzustimmen; in der Schlußfolgerung jedoch, daß wie auch immer geartete Versuche, internationale Interdependenzen zu regulieren, grundsätzlich zum Scheitern verurteilt seien, kann Fjodorow nicht gefolgt werden.